SPD NEWSLETTER
Aktuelles aus dem Kreisverband Stuttgart 2013 | Ausgabe 3

SPD STUTTGART RUFT AUF ZUR KUNDGEBUNG:
Bezahlbaren Wohnraum schaffen – Mietpreisexplosion stoppen!
Kundgebung am Donnerstag, den 7. März 17:00 Uhr, Schlossplatz

Die SPD Stuttgart ruft gemeinsam mit dem Mieterverein, dem DGB und einer Reihe weiterer Initiativen, Parteien und Organisationen zur Kundgebung für bezahlbaren Wohnraum am kommenden Donnerstag, 7. März 2013 um 17.00 Uhr auf dem Schlossplatz auf. Der stv. Kreisvorsitzende der SPD Stuttgart Daniel Campolieti, der auch den SPDArbeitskreis Wohnen leitet und im Vorstand des Mietervereins Stuttgart ist, formuliert mehrere konkrete Forderungen der Stuttgarter SPD zur Frage, wie bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden und eine Mietpreisexplosion gestoppt werden kann. „Wir brauchen erstens ein ausreichendes Wohnungsangebot! Daher muss sich die Stadt für ein ausreichendes und bezahlbares Wohnungsangebot, dass auch einkommensschwächere Haushalte einschließt, einsetzen." so Campolieti. Die SPD setze auf ein Bündnis für Wohnen, welches das Ziel habe, rund 1.800 Wohnungen pro Jahr zu schaffen. Die SPD setze sich zweitens für eine soziale Stuttgarter Wohnungsbaugesellschaft ein. Die SWSG-Mieten müssen auch nach energetischer Sanierung bezahlbar bleiben. „60 % Mieterhöhungen wird es mit der SPD nicht mehr geben!" Es sei nun an der Politik, die SWSG so zu stärken, dass sie ihren sozialen Auftrag auch erfüllen könne.

Drittens fordert die SPD Stuttgart eine Wohnungsbauoffensive für die Stadt. Campolieti setzt sich dafür ein, dass die Stadt beim Land die Einführung des Zweckentfremdungsverbots sowie die 10jährige Kündigungssperrfrist bei der Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen beantragt. Als weiteren Punkt fordert die SPD Stuttgart einen besonderen Schutz der LBBWMieter. „Wir kritisieren nach wie vor die Entscheidung des Aufsichtsrats der LBBW, die 21.000 Wohnungen an den Immobilieninvestor Patrizia zu verkaufen." betont Campolieti. Die Erhaltungssatzung für das Nordbahnhofviertel sei daher mehr als sinnvoll. „Wir setzen uns weiter dafür ein, Erhaltungssatzungen im Sinne des Mieterschutzes gezielt einzusetzen".
Der SPD-Kreischef Dejan Perc weist in der Diskussion um bezahlbaren Wohnraum darauf hin, dass in vielen Städten bezahlbare Wohnungen knapp werden. „Familien, allen vor allem Alleinerziehende, ältere Menschen und Studierende finden in Innenstädten kaum noch Wohnungen, die sie sich leisten können." so Perc. Darüber hinaus würden viele Hausbesitzer Auszüge für drastische Mieterhöhungen nutzen, auch Strom- und Heizkosten steigen weiter an.

Fortsetzung auf Seite 2

Liebe Genossinnen und Genossen,

im Februar ist der 2. Stuttgarter Bürgerhaushalt gestartet. Zwischen dem 18. März und dem 8. April können die von Bürgerinnen und Bürgern eingebrachten Vorschläge für Investitionen, Einnahmen und Sparmaßnahmen öffentlich bewertet und diskutiert werden.
Mit der Initiierung des Bürgerhaushalts hat die SPD ein wichtiges Instrument der Bürgerbeteiligung und Mitgestaltung des Stadtlebens in Stuttgart geschaffen.

In Zukunft möchten wir noch stärker auf Bürgerbeteiligung setzen und schlagen euch deshalb vor, auch bei so zentralen Elementen, wie der Aufstellung des Kommunalwahlprogramms neue Wege zu gehen: Keine kleine Redaktionsgruppe mehr, die das Programm schreibt, sondern die Einbeziehung der breiten Mitgliedschaft und die Öffnung des Prozesses nach außen. Eine Kommentierung der zentralen Thesen soll durch alle Bürgerinnen und Bürger möglich sein und ist auch ausdrücklich erwünscht.

Ich freue mich auf eure Anregungen und hoffe auf eure Unterstützung.

Solidarische Grüße
Euer

Dejan Perc
Vorsitzender SPD Stuttgart

NEUES AUS DEM KREIS

Fortsetzung von Seite 1

„Es droht die Gefahr, dass immer mehr Menschen mit kleinen Einkommen aus den Innenstädten verdrängt werden!“ Perc betont, dass die SPD diese Entwicklung stoppen wolle. „Unsere Städte sind mehr als Stein und Beton! Wir wollen, dass in den Städten Menschen verschiedener Herkunft, verschiedenen Alters und aus unterschiedlichen sozialen Schichten zusammenleben können. Wir wollen lebendige, bunte, moderne Städte und nicht Städte, die in reiche Viertel mit Luxuswohnungen und arme Vorstädte mit sozialen Verwerfungen zerfallen.“ Deshalb setze sich die SPD für lebendige Städte ein, in denen alle Menschen leben können. „Dies gilt auch für Stuttgart.“ so Perc. Aus diesem Grund ruft die SPD Stuttgart zur Teilnahme an der Kundgebung am kommenden Donnerstag auf. „Wir wollen damit ein deutliches und starkes Signal für bezahlbaren Wohnraum erreichen!“

MAKLERGEBÜHREN: SPD SETZT BESTELLERPRINZIP IN LANDESREGIERUNG DURCH

Vor allem in großen Städten werden Wohnungssuchende bisher oft mit Maklerprovisionen belastet. Der stellvertretende Kreisvorsitzende Daniel Campolieti begrüßt deshalb die von der grün-roten Landesregierung beschlossene Gesetzesinitiative zur Übernahme von Maklergebühren als „sozialpolitischen Meilenstein“. „Makler übernehmen bei der Wohnungsvermittlung überwiegend Aufgaben der Vermieter, trotzdem müssen bisher meist die Mieter dafür bezahlen“, erläutert Campolieti den Vorstoß. „Vor allem in großen Städten mit angespanntem Wohnungsmarkt ist das ein herbes Problem, weil sich Wohnungssuchende dem einerseits kaum entziehen, sie sich andererseits aber die Provisionen oft nicht leisten können.“ Vor diesem Hintergrund will Baden-Württemberg auf Initiative von SPD-Justizminister Rainer Stickelberger nun gemeinsam mit Hamburg und Nordrhein-Westfalen eine Bundesratsinitiative starten, wonach die Maklerleistungen bei der Vermittlung von Mietwohnungen künftig verbindlich nach dem Bestellerpinzip festgeschrieben werden. Das bedeutet: Wenn Vermieter, Wohnungsverwalter oder Vormieter in Zukunft auch in Stuttgart als erste einen Makler einschalten, kann die Provision später nicht vom Wohnungssuchenden verlangt werden. Wohnungssuchende sind künftig nur dann in der Pflicht, wenn sie einen Makler ausdrücklich und in Textform mit der Suche nach einer Wohnung beauftragen. Weitere Bedingung ist, dass in der Folge ein Mietvertrag über eine Wohnung zustande kommt, die dem Makler bei der Beauftragung durch den Wohnungssuchenden noch nicht seitens des Vermieters an die Hand gegeben war. „Ein unberechtigtes Abwälzen der Provision auf den Mieter darf es künftig nicht mehr geben, dafür sind empfindliche Bußgelder vorgesehen“, sagt Campolieti. „Das wird sich kein Makler leisten wollen.“ An den Regelungen, wonach von Wohnungssuchenden höchstens eine Provision in der Höhe von zwei Monatsmieten zuzüglich der gesetzlichen Umsatzsteuer verlangt werden darf, solle sich nichts ändern.

STUTTGARTS BUNTE HÄNDE IN PFORZHEIM

Zahlreiche bunte Hände, welche die Jusos Stuttgart in der Königsstraße auf einem Banner gesammelt hatten, sind letzten Samstag nach Pforzheim gewandert, um dort bei der Kundgebung gegen den Fackelzug von Neonazis ein Zeichen gegen rechtsextremes Gedankengut zu setzten. „Wir haben damit ein buntes Zeichen gesetzt gegen braune Geschichtsschreibung und rechtsextreme Gewalt“ so Christoph Gmoser, Sprecher der Jusos Stuttgart. Zahlreiche politische Gruppierungen haben dort gegen den Missbrauch des Gedenkens an die Bombenangriffe auf Pforzheim im Februar 1945 durch rechtsextreme Gruppierung demonstriert. „Wir dürfen nie vergessen, dass der Grund für die Bombardierungen in den Aggressionen und Kriegen des nationalsozialistischen Deutschlands lagen und ein Gedenken an die Opfer des Krieges deshalb nie nationalistisch sein kann. Die Chance des Friedens liegt im Internationalismus.“ führt Katharina Rudel, die Sprecherin der Jusos Stuttgart, ihre Motivation aus, gegen rechtsextremen Geschichtsrevisionismus zu demonstrieren.

Nach der Kundgebung versuchten einige hunderte Antifaschistinnen und Antifaschisten friedlich den Neonazis den Zugang zum Wartberg zu verwehren. Gut die Hälfte der Neonazis konnte deshalb nicht an ihrer sogenannten Gedenkveranstaltung teilnehmen. „Im Großen und Ganzen war dies für uns ein erfolgreicher Tag. Ein breites Spektrum an Bürgerinnen und Bürgern hat heute auf verschiedenen Wegen gezeigt, dass Rechtsextremismus in einer bunten Gesellschaft nichts zu suchen hat“, fasst Gmoser die Ereignisse des Tages zusammen.

NEUES AUS DEM KREIS

SPD

MARKTRADIKALISMUS ODER SOLIDARISCHE LEISTUNGSGESELLSCHAFT?

Auf diese Frage spitzte sich eine Diskussion zu, die in der dicht besetzten Zuffenhäuser Zehntscheuer am Wochenende geführt wurde. Auf dem Podium saßen der frühere Minister Erhard Eppler, die ehemalige Bundesvorsitzende der Jungsozialisten Franziska Drohsel und Nicolas Schäfstoß, SPD-Bundestagskandidat im Wahlkreis Stuttgart II.

Ausgehend von der Bankenkrise 2008, mitverursacht durch die Deregulierung der Finanzmärkte, der staatlichen „Bankenrettung“ und der verzweifelten „Hilfe“ für die verschuldeten Südstaaten de EU, fragte Erhard Eppler, ob es überhaupt noch Politik in Zukunft geben könne. Diese verblüffende Frage stelle sich, solange die Finanzmärkte die Politik bestimmten. Die Bestätigung dieser These lieferte ihm die Bundeskanzlerin mit ihrem Konzept von der „marktkonformen Demokratie“. Eppler kritisierte den Marktradikalismus der Bundesregierung und der EU-Kommission, der eine doppelte Spaltung der Gesellschaft hervorrufe und vertiefe. Einmal die sich zunehmend öffnende Schere zwischen Reich und Arm, dem Abhängen eines von der Politik tief enttäuschten Teils der Bevölkerung und zum anderen das „Diktat“ der EU-Kommission, der EZB und der Kanzlerin gegenüber den verschuldeten Südstaaten der EU, ein Verfahren nach dem früheren neoliberalen Muster des IWF gegenüber Entwicklungsländern, das in einer Sparpolitik besteht, welche Steuererhöhung und Privatisierung von Staatsvermögen vorschreibt, aber eine Wirtschaftskrise mit Arbeitslosigkeit und eine Verarmung großer Bevölkerungsteile in Kauf nimmt, die selbst die geringste Schuld an den Problemen tragen, während die tatsächlichen Verursacher der Krise weitgehend ungeschoren davonkommen. Kein Wunder; dass die Kanzlerin in Teilen der EU zur Zielscheibe von Unmut, ja Hass geworden ist, während sie im Inland mit ihrer angeblich deutsche Steuerzahler schonenden „Geldbeutelpolitik“ die öffentliche Meinung für sich einzunehmen versucht.

Eppler attackierte die einseitige Betrachtung des Menschen in der heutigen Volkswirtschaftslehre als egoistischen, nur auf seinen materiellen Vorteil bedachten „Homo Oeconomicus“ als marktradikal-ideologisch und interessenorientiert. Entschieden setze er der nationalen und europäischen Ellbogengesellschaft die Alternative einer „solidarische Leistungsgesellschaft“ entgegen. Die heutige Gesellschaft sei eher „Erfolgsgesellschaft“ als Leistungsgesellschaft. Wenn ein Bank- oder Konzernmanager das 50-fache eines Angestellten verdiene, sei dies keinesfalls Ausdruck der 50-fachen Leistung, sondern der Unfähigkeit der Politik, ein Mindestmaß an Gerechtigkeit gegenüber denjenigen herbeizuführen, deren Leistung so gering bewertet würde, dass viel von ihnen kaum in der Lage sind, sich und ihre Familie damit ausreichend zu finanzieren. 10 Millionen Menschen lebten in prekären Arbeitsverhältnissen.

Gernot Erler (MdB), ebenfalls im Publikum anwesend wie die Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis, Erhard Eppler und Franziska Drohsel fanden breite Zustimmung mit ihrer Forderung nach der Wiederherstellung des Primats der Politik gemäß unserem Grundgesetz. Die Regierungsparteien, sei dazu nicht in der Lage oder habe sich wie die Liberalen, völlig mit dem Marktradikalismus identifiziert. Dies müsse im Wahlkampf herausgestellt werden sicherte Nicolas Schäfstoß, Bundestagskandidat im Stuttgarter Norden, zu und stellte klar: „Deshalb müsse die jetzige Regierung von einer rot-grünen abgelöst werden. Diese würde mit einem flächendeckenden Mindestlohn und flexiblen Lösungen beim Renteneintrittsalter Fehlentwicklungen korrigieren. Hier und auf europäischer Ebene sei Solidarität gefragt. Das sei schon immer die Aufgabe der SPD gewesen.“

Gernot Erler ergänzte Maßnahmen zur Regulierung des Bankensystems durch die Forderung zur Trennung von Geschäfts- und Kreditbanken einerseits und Instituten mit spekulativen Geschäften sowie ein Verbot hochspekulativer Geschäfte andererseits, um die Risiken für Banken, Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Staatshaushalt und Währung zu verringern. Die Banken müssten Fonds zur eigenen Absicherung bilden. Außerdem forderte er die Einführung von Eurobonds zur Schuldenfinanzierung in der EU.
Eppler kam zum Schluss auf das Thema wirtschaftliches Wachstum zu sprechen. Dies dürfe nicht zum allgemeinen politischen Ziel werden. Seit 40 Jahren habe die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts in fast jedem Konjunkturzyklus abgenommen. Es sei absehbar, dass es in den klassischen Industrieländern künftig kaum mehr quantitatives Wachstum geben werde. „Das sei schon aus ökologischen Gründen nicht mehr zu verantworten“, kommentierte Nicolas Schäfstoß und führte fort: „Den Forderungen aus der Wirtschaft nach gewinnfördernden Bedingungen wie Steuersenkungen oder Billiglöhnen würde die SPD nicht nachkommen. Vielmehr käme es auf ein qualitatives Wachstum an, wo es erwünscht sei, zum Beispiel auf alternativ-regenerative Energieerzeugung.“

NEUES AUS DEM KREIS

WIR BRAUCHEN DIE ERNÄHRUNGSWENDE

Zur Veranstaltung „Wir brauchen die Ernährungswende“ lud Ute Vogt zusammen mit dem SPD-Ortsverein Möhringen ein. Der spannende Diskussionsabend fand auf dem Demeter-Bauernhof im Herzen von Möhringen statt. Die Referenten und Gäste brachten eine ganze Palette von Themen auf: Von Pferdefleischskandal bis Ökolandwirtschaft, von Hunger in der Welt bis zu gesunder Ernährung, von Bienensterben bis gesundem Schulessen. „Globalisierung hat auch etwas Gutes - es gibt inzwischen ein weltweites Gespür für die Auswirkungen unseres Tuns“ - so startet Demeter-Landwirt Christoph Simpfendörfer in die Diskussion. Umweltschutz und Nachhaltigkeit begrenzt sich nicht nur auf die Energiewende. Auch der respektvolle Umgang mit Natur und Tieren in der Landwirtschaft ist wichtig.

Ute Vogt, Ulrich Kelber und Christoph Simpfendörfer in dessen Hofladen

Auf dem Podium im Bistro des Reyerhofs in Möhringen (Unteraicher Str. 8), diskutierten der Bewirtschafter des Hofes, Herr Simpfendörfer, und Ulrich Kelber, der SPD- Abgeordnete und stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion , zu dessen Fachgebieten Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz gehören. Durch eine rege Beteiligung der Besucherinnen und Besucher ergab sich eine Vielfalt an Fragen, die dem Thema in der ganzen Bandbreite gerecht wurde.

Ulrich Kelber mahnte an, dass die Landwirtschaft die Gelder aus Europa von der Gemeinschaft bekomme, und so sollten Gelder für die Landwirtschaft auch eingesetzt werden für die Gemeinschaft. Nur Lebensmittel zu produzieren und zu verkaufen an sich sei gesellschaftlich gesehen noch wenig relevant. Eher im Gegenteil: Wenn Landwirte z.B. Pestizide einsetzen, die nebenan in Bächen landen, zahlt die Gemeinschaft die (meist hohen) Folgekosten. Christoph Simpfendörfer war darüber hinaus wichtig, dass Gelder nicht pauschal aus Europa flössen, sondern differenziert nach Leistung. Oder mehr nach angestellten Arbeitskräften statt nur nach reiner bebauter Fläche. Er merkte dazu an, dass gerade diejenigen, die für die Versorgung mit Lebensmitteln arbeiteten - Landwirte, Verkaufspersonal, Angestellte in der Gastronomie - mithin die geringsten Löhne bekämen. Wichtig sei zudem, die Zuschüsse nicht einzig auf die Landwirtschaft zu beziehen, sondern auf den „ländlichen Raum“ in all seinen Facetten. Für Ulrich Kelber gehört darüber hinaus dazu, diese Regionen lebenswert zu gestalten, und nicht als reines „Wolferwartungsgebiet“ abzuhaken. Zum Thema der Sicherheitssysteme bei Lebensmittelkontrollen und unzureichender Herkunftsbezeichnungen stellt Kelber fest, dass Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU) immer nur von „könnte, sollte, fordere, möchte“ spricht - nie von „ich mache, ich setze durch“. Es seien immer nur folgenlose Ankündigungen oder ein Verharren im `klein- klein´.

Der Reyerhof, der einstmals auf freiem Felde stand und heute mitten in Möhringen liegt hat oft Kindergartengruppen oder Nachbarskinder auf dem Hof. Ihn freut, dass die Kinder sehen können, begreifen lernen, woher unsere Lebensmittel kommen. Gute Ernährung sei leider inzwischen immer abhängiger von besserer Bildung und höherem Wissen. Man brauche dringend mehr Ernährungslehre, Schulgärten und gute Kantinen an den Schulen. Beim hoch interessierten Publikum, den beiden Referenten und der Moderatorin bedankte sich am Schluss Rudi Schaaf, der Sprecher der SPD- Bezirksbeiratsfraktion.

NEUJAHRSEMPFANG: MIT PEER STEINBRÜCK FÜR SOZIALE GERECHTIGKEIT

Großer Sitzungssaal überfüllt, Besucherempore besetzt, Videoübertragung im Kleinen Sitzungssaal überbucht. Alle wollten unseren Kanzlerkandidaten erleben.
Die Fraktionsvorsitzende Dr. Roswitha Blind begrüßte die über 700 Interessierten, darunter viel Prominenz aus Stadt und Land. Sie erinnerte an das diesjährige 150-jährige SPD-Jubiläum und sprach einige unserer Schwerpunktthemen, Wohnen, Stadtwerke, Bildung und Betreuungsplätze an. Deutlich unterstützte sie Privatschulen, forderte aber eine offene Diskussion darüber, wie viel Privatheit der Schulbildung unserer Gesellschaft gut tut.
Und dann legte er los, gleich nach dem Grußwort von OB Fritz Kuhn und dessen Wahlkampfratschlägen aus der Mao-Bibel. Sozialpartnerschaft zwischen Arm und Reich, Mindestlöhne, Rentenreform, Finanzen der Kommunen, Industriepolitik und Mittelstand. Fast eine Stunde in freier Rede. Witzig, kompetent, tiefschürfend und selbstkritisch. In „Kanzlerform“ hat Peer Steinbrück alle überzeugt und an diesem langen Abend im Rathaus für beste Stimmung gesorgt. Dies tat auch das Nico Amrehn Quartett von der Musikhochschule, denen Kreisvorsitzender Dejan Perc genauso dankte wie unserem tollen Referenten aus Berlin.

AUS DER PARTEI

ES GEHT UM REICH UND ARM!

Leni Breymaier beim Politischen Aschermittwoch der SPD Stuttgart

Nicolas Schäfstoß, Bundestagskandidat im Wahlkreis Stuttgart-Nord begrüßte die Gäste des Politischen Aschermittwochs der Stuttgart Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten am 13. Februar 2013 in der Gaststätte / Theater Friedenau im Stuttgarter Osten. Schäfstoß war sich sicher, dass für die SPD keinerlei Gefahr bestehe, da die Kanzlerin dem SPD-Kanzlerkandidaten nicht, wie einigen ihrer ehemaligen Ministerinnen und Minister „ihr vollstes Vertrauen“ ausgesprochen habe.

Großen Beifall bekam die ver.di-Landesvorsitzende Leni Breymaier. Es geht um Reich und Arm! waren sich an diesem Abend die Zuhörerinnen und Zuhörer mit der Rednerin einig. Im Jahr 2012 sei die öffentliche Verschuldung pro Sekunde um ein paar Hundert Euro angestiegen. Gleichzeitig stieg aber das private Vermögen pro Sekunde um 9.000 Euro an. 1970 noch hatte das oberste Zehntel 44 % des Privatvermögens, heute hat das oberste Zehntel bereits 66 % von insgesamt rund 10 Billionen Privatvermögen. Eine eindeutige Umverteilung von unten nach oben. Ist das gerecht? Dies sei kein Konflikt zwischen Jung und Alt oder Frau und Mann. Es geht um Reich und Arm! Des Weiteren sprach sich die Gewerkschafterin gegen die Rente mit 67 aus und nannte es unsinnig in der aktuellen Situation den Rentenversicherungsbeitrag zu kürzen. Werkverträge und Leiharbeit waren ebenso Thema, wie die Situation der Schleckerfrauen nach einem Jahr. Scharfe Kritik bekam dabei die FDP ab, die für die schwierige Situation der Frauen mitverantwortlich sei.

Nach einem kurzen Schlusswort des SPD-Kreisvorsitzenden Dejan Perc, sorgte die Blaskapelle des Musikverein Gaisburg mit einem bunten Programm für einen abwechslungsreichen Abend. Der Vorsitzende der SPD-Ost Daniel Campolieti fasst den Abend kurz und knapp zusammen: „Ohne die SPD wird es keine gerechte Gesellschaft in Deutschland geben. Wir werden dazu auch vor Ort in Ost unseren Beitrag leisten. Deshalb werden wir uns weiterhin für mehr Kita-Plätze und der Schulentwicklungsplanung einsetzen, die mit einem neuen pädagogischen Konzept alle fördert und nicht einzelne Kinder ausgrenzt.“

Termine

Kreisdelegierten-konferenzen 2013

Mitgliederöffentlich

18. März 2013, 18 Uhr
15. Juli 2013, 18 Uhr
30. September 2013, 18 Uhr

Aktuelle Infos im Internet:

spd-stuttgart.de

twitter.com/spdo711

facebook.com/spdstuttgart

IMPRESSUM

Herausgeberin (V.i.S.d.P.)

SPD Stuttgart
Wilhelmsplatz 10
70182 Stuttgart
Fon 07 11/ 619 36 32
info@spd-stuttgart.de
www.spd-stuttgart.de

Redaktion
Daniel Campolieti

Layout
Rebekka Henschel

Bilder
SPD Stuttgart, Tobias Haubensak, Manuel Vowinkel

Hinweis in eigener Sache
Der Newsletter lebt von den eingesandten Beiträgen der Gliederungen und Gäste.
Bitte sendet diese an:
d.campolieti@spd-stuttgart.de